

No. 26929

**AUSTRIA
and
POLAND**

**Agreement concerning the encouragement and protection of
investments. Signed at Vienna on 24 November 1988**

Authentic texts: German and Polish.

Registered by Austria on 22 November 1989.

**AUTRICHE
et
POLOGNE**

**Accord relatif à l'encouragement et à la protection des inves-
tissements. Signé à Vienne le 24 novembre 1988**

Textes authentiques : allemand et polonais.

Enregistré par l'Autriche le 22 novembre 1989.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER VOLKSREPUBLIK POLEN ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

Die Republik Österreich und die Volksrepublik Polen, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

Von dem Wunsche geleitet, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

In der Erkenntnis, daß die Förderung und der Schutz von gegenseitigen Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

DEFINITIONEN

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) Umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;

b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;

c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben; und

d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, wie Erfinderpateente, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill.

(2) Bezeichnet der Begriff „Investor“

a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

b) jede juristische Person, Organisation oder Vereinigung, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die gemäß den Gesetzen einer der Vertragsparteien rechtmäßig geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt.

(3) Bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

(4) Umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch eine Verstaatlichung oder sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

Artikel 2

FÖRDERUNG UND SCHUTZ VON INVESTITIONEN

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle ihrer Wiederanlage auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition hat in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften über ausländische Investitionen jener Vertragspartei zu erfolgen, auf deren Hoheitsgebiet die Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung vorgenommen wird.

Artikel 3

BEHANDLUNG VON INVESTITIONEN

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, die in ihrem Hoheitsgebiet nach Einhaltung aller für ihre Errichtung und Nutzung geltenden Rechtsvorschriften begründet worden sind, nicht weniger günstig als Investitionen eigener Investoren oder von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet die Betätigung der Investoren der anderen Vertragspartei in bezug auf eine Investition, insbesondere hinsichtlich ihrer Verwaltung, Verwendung, ihres Gebrauchs und ihrer Nutzung, nicht weniger günstig als die Betätigung eigener Investoren oder von Investoren dritter Staaten.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, wonach die Behandlung von Investoren der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig sein darf als diejenige, die Investoren eines dritten Staates zuerkannt wird, können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft wie dem RGW;

b) einem internationalen Abkommen, einer Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Steuerfragen;

c) Regelungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

Artikel 4

ENTSCHÄDIGUNG

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem

die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und für die Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als ihre eigene Gesellschaft anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 überprüfen zu lassen.

(5) Hinsichtlich der in Absatz 1, Absatz 2, Absatz 3 und Absatz 4 dieses Artikels geregelten Angelegenheiten werden Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig behandelt als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(6) Investoren einer Vertragspartei und gemeinsame Unternehmen mit Beteiligung von Investoren einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durch Krieg, andere bewaffnete Auseinandersetzungen, Ausnahmezustand oder andere vergleichbare Ereignisse Verluste an ihren Investitionen erleiden, werden von dieser anderen Vertragspartei hinsichtlich aller Maßnahmen, die sie in diesem Zusammenhang trifft, nicht weniger günstig behandelt als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten.

Artikel 5

ÜBERWEISUNGEN

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Investition;

b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;

c) der Erträge;

d) der Rückzahlung von Darlehen;

e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;

f) von Entschädigungen gemäß Artikel 4 Absatz 1.

(2) Zahlungen gemäß Absatz 1 lit. *a* bis *d* dieses Artikels erfolgen, sofern die frei konvertierbare Währung ihren Ursprung in der Investition oder in den Erträgen aus der Investition hat.

(3) Die Behandlung gemäß Absatz 1 und Absatz 2 dieses Artikels darf nicht weniger günstig sein als diejenige, die Investoren dritter Staaten gewährt wird.

(4) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

(5) Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 6

EINTRITTSRECHT

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei, vorbehaltlich jedoch jeden Rechtstitels auf Gegenforderung, den die vorgenannte Vertragspartei hinsichtlich unbezahlter Steuer- oder Abgabenschulden des Investors geltend machen kann, den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 sinngemäß.

Artikel 7

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber Investoren der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

BEILEGUNG VON INVESTITIONSTREITIGKEITEN

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt. Kann eine solche Meinungsverschiedenheit nicht freundschaftlich beigelegt werden, dann hat

der Investor alle innerstaatlichen verwaltungsrechtlichen und gerichtlichen Rechtsmittel auszuschöpfen.

(2) Kann eine solche Meinungsverschiedenheit nicht innerhalb von 12 Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche in einer in Absatz 1 vorgesehenen Weise beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens unterbreitet:

a) sofern beide Vertragsparteien Mitglieder der Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten oder Staatsangehörigen anderer Staaten sind, die am 18. März 1965 in Washington zur Unterschrift aufgelegt wurde, dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei, auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor, durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen;

b) sofern eine der Vertragsparteien nicht Mitglied der Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten ist, einem internationalen Schiedsgericht. Dieses internationale Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: Jede Seite bestellt ein Mitglied und diese beiden Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Investor der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von zwei weiteren Monaten zu bestellen.

Werden die im obigen Absatz genannten Fristen nicht eingehalten, so kann jede Seite in Ermangelung einer anderen Vereinbarung den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert sich der Aufgabe zu entledigen, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

Das Schiedsgericht legt seine Verfahrensregeln in sinngemäßer Anwendung der Verfahrensregeln der Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten vom 18. März 1965 fest; die Entscheidung muß die Grundlage angeben, auf der sie ergangen ist; sie ist auf Verlangen der einen oder anderen Seite zu begründen.

(3) Die Entscheidung ist endgültig und bindend; sie wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung von Schiedssprüchen in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Jede Seite trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von beiden Seiten zu gleichen Teilen getragen.

(5) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Streitbeilegungsoder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Versicherungspolizze bezüglich einiger oder aller seiner Verluste eine Entschädigung erhalten habe.

Artikel 9

STREITIGKEITEN ZWISCHEN DEN VERTRAGSPARTEIEN

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Staatsangehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(6) Das Schiedsgericht soll auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes entscheiden. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; die Entscheidung ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstige Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seiner Entscheidung eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

ANWENDUNG DIESES ABKOMMENS

Dieses Abkommen gilt nach seinem Inkrafttreten für alle bestehenden und zukünftigen Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vorgenommen haben.

Artikel 11

INKRAFTTRETEN UND DAUER

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. November 1988, in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:
MOCK

Für die Volksrepublik Polen:
WILCZEK

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

UMOWA MIĘDZY REPUBLIKĄ AUSTRII A POLSKĄ RZECZĄPOSPOLITĄ LUDOWĄ W SPRAWIE POPIERANIA I OCHRONY INWESTYCJI

Republika Austrii i Polska Rzeczpospolita Ludowa, zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

Dążąc do stworzenia korzystnych warunków dla szerszej współpracy gospodarczej pomiędzy Umawiającymi się Stronami;

Uznając, że popieranie i ochrona wzajemnych inwestycji może zachęcać do podejmowania takich inwestycji, a przez to istotnie przyczynić się do rozwoju stosunków gospodarczych,

Uzgodniły, co następuje:

Artykuł I

DEFINICJE

W rozumieniu niniejszej Umowy:

(1) pojęcie „inwestycja“ oznacza wszelkie mienie, a w szczególności, ale nie wyłącznie:

a) Własność ruchomości i nieruchomości, jak również wszelkie inne prawa rzeczowe, takie jak hipoteka, prawo zatrzymania, zastawu, użytkowania i podobne prawa;

b) Akcje i inne rodzaje udziałów w przedsiębiorstwach;

c) Roszczenia, dotyczące środków pieniężnych, przekazanych w celu osiągnięcia zysku lub roszczenia o świadczenia posiadające wartość gospodarczą;

d) Prawa autorskie, prawa własności przemysłowej takie jak patenty, znaki handlowe, wzory przemysłowe i użytkowe, procesy techniczne, know-how, nazwy handlowe oraz „goodwill“.

(2) Pojęcie „inwestor“ oznacza:

a) Każdą osobę fizyczną, będącą obywatelem jednej z Umawiających się Stron i dokonującą inwestycji na terytorium drugiej Umawiającej się Strony;

b) Każdą osobę prawną, organizację lub stowarzyszenie, posiadające lub nie posiadające osobowości prawnej, utworzone zgodnie z przepisami prawnymi jednej z Umawiających się Stron, posiadające siedzibę na terytorium tej Umawiającej się Strony i które dokonują inwestycji na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(3) Pojęcie „przychód“ oznacza kwoty uzyskane z inwestycji i w szczególności, ale nie wyłącznie, obejmuje zyski, odsetki, przyrosty kapitałowe, dywidendy, tantiemy, opłaty licencyjne i inne opłaty.

(4) Pojęcie „wywłaszczenie“ obejmuje również nacjonalizację lub inne środki, powodujące taki sam skutek.

Artykuł 2

POPIERANIE I OCHRONA INWESTYCJI

(1) Każda z Umawiających się Stron będzie popierać w miarę możliwości na swoim terytorium, inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony, dopuści takie inwestycje zgodnie ze swym ustawodawstwem i w każdym przypadku zapewni takim inwestycjom sprawiedliwe i równe traktowanie.

(2) Inwestycje, o których mowa w ustępie 1, oraz przychody z nich uzyskane, będą korzystały z pełnej ochrony przewidzianej w niniejszej Umowie. Ochrona ta rozciąga się, nie naruszając postanowień ustępu 1, również na przychody z reinwestycji w przypadku reinwestycji takich przychodów. Prawne powiększenie, zmiana lub przekształcenie inwestycji musi być dokonane zgodnie z ustawodawstwem, dotyczącym zagranicznych inwestycji, obowiązującym w tej Umawiającej się Stronie, na terytorium której dokonuje się powiększenia, zmiany lub przekształcenia tej inwestycji.

Artykuł 3

TRAKTOWANIE INWESTYCJI

(1) Każda z Umawiających się Stron zapewni inwestycjom inwestorów drugiej Umawiającej się Strony, dokonywanym na jej terytorium zgodnie z obowiązującym ustawodawstwem w zakresie ich tworzenia i użytkowania, traktowanie nie mniej korzystne niż inwestycjom swoich inwestorów lub inwestorów państw trzecich.

(2) Każda z Umawiających się Stron będzie traktować na swoim terytorium działalność inwestorów drugiej Umawiającej się Strony, dotyczącą inwestycji, a w szczególności zarządzania nią, przeznaczenia, utrzymywania i użytkowania, nie mniej korzystnie niż działalność swoich inwestorów lub inwestorów państw trzecich.

(3) Postanowienia niniejszej Umowy o traktowaniu inwestorów drugiej Umawiającej się Strony nie mniej korzystnie niż inwestorów państw trzecich, nie będą interpretowane jako zobowiązanie jednej Umawiającej się Strony do rozciągnięcia na inwestorów drugiej Umawiającej się Strony istniejących lub przyszłych korzyści w zakresie traktowania, preferencji lub przywileju, wynikających z:

a) Unii celnej, wspólnego rynku, strefy wolnego handlu lub przynależności do wspólnoty gospodarczej takiej jak RWPG;

b) Międzynarodowej umowy, układu lub wewnętrznych przepisów podatkowych;

c) Uregulowań dotyczących ułatwień w ruchu granicznym.

Artykuł 4

ODSZKODOWANIE

(1) Inwestycje inwestorów jednej Umawiającej się Strony mogą być wyłączone na terytorium drugiej Umawiającej się Strony tylko w interesie publicznym, na podstawie zgodnego z prawem postępowania i za odszkodowaniem.

Odszkodowanie takie odpowiadać będzie wartości tej inwestycji bezpośrednio przed momentem w którym rzeczywiste lub zamierzone wywłaszczenie stało się publicznie znane. Wypłata odszkodowania następuje bez zbędnej zwłoki, a do czasu dokonania płatności podlega ono oprocentowaniu według zwykłej przeciętnej bankowej stopy procentowej stosowanej w Państwie, na którego terytorium dokonano inwestycji; odszkodowanie musi spełniać wymóg rzeczywistej dyspozycyjności i swobodnego transferu. Wysokość odszkodowania i warunki płatności odszkodowania ustala się w stosowny sposób nie później niż w momencie wywłaszczenia.

(2) W przypadku gdy Umawiająca się Strona wywłaszcza mienie spółki, którą, uważa się za jej własną spółkę, w rozumieniu ustępu 2 artykułu 1 niniejszej Umowy, a w której inwestor drugiej Umawiającej się Strony posiada udziały, będzie ona stosowała postanowienia ustępu 1 niniejszego artykułu w celu zapewnienia należnego odszkodowania dla tego inwestora.

(3) Inwestorowi przysługuje prawo domagania się zbadania przez właściwe władze Umawiającej się Strony, która dokonuje wywłaszczenia, legalności tego wywłaszczenia.

(4) Inwestorowi przysługuje prawo domagania się zbadania wysokości odszkodowania przez właściwe władze Umawiającej się Strony, która dokonuje wywłaszczenia, lub przez międzynarodowy trybunał arbitrażowy, zgodnie z artykułem 8.

(5) W sprawach, o których mowa w ustępach 1, 2, 3 i 4 niniejszego artykułu, inwestorzy jednej Umawiającej się Strony będą traktowani na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie mniej korzystnie niż własni inwestorzy lub inwestorzy państw trzech.

(6) Inwestorzy jednej Umawiającej się Strony i wspólne przedsiębiorstwa z udziałem jej inwestorów, których inwestycje doznały uszczerbku w wyniku wojny lub konfliktu zbrojnego, stanu wyjątkowego lub innych podobnych zdarzeń na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, będą traktowani przez drugą Umawiającą się Stronę w odniesieniu do wszystkich środków podjętych z tego powodu, nie mniej korzystnie niż jej własni inwestorzy lub inwestorzy państw trzech.

Artykuł 5

TRANSFER

(1) Każda z Umawiających się Stron gwarantuje inwestorom drugiej Umawiającej się Strony, bez zbędnej zwłoki, swobodny transfer w walucie wymiennej, płatności związanych z inwestycją, a w szczególności, ale nie wyłącznie:

- a) Kapitału i kwot dodatkowych na utrzymanie lub powiększenie inwestycji;
- b) Kwot przeznaczonych na pokrycie wydatków związanych z zarządzaniem inwestycją;
- c) Przychodów;
- d) Spłat pożyczek;
- e) Wpływów pochodzących z całkowitej lub częściowej likwidacji inwestycji lub jej sprzedaży;
- f) Odszkodowań, stosownie do artykułu 4 ustęp 1.

(2) Płatności wymienione w ustępie 1 litery *ad*) niniejszego artykułu mogą być dokonywane pod warunkiem, że waluta wymiennalna pochodzi z inwestycji lub wpływów, będących rezultatem inwestycji.

(3) Traktowanie wymienione w ustępach 1 i 2 niniejszego artykułu nie będzie mniej korzystne niż traktowanie inwestorów państw trzecich.

(4) Transfery wymienione w niniejszym artykule będą dokonywane według kursu obowiązującego w dniu transferu.

(5) Opłaty bankowe będą słuszne i sprawiedliwe.

Artykuł 6

SUBROGACJA

Jeżeli jedna z Umawiających się Stron lub instytucja przez nią upoważniona dokona na rzecz inwestora tej Umawiającej się Strony płatności z tytułu gwarancji inwestycji na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, druga Umawiająca się Strona, nie naruszając wynikających z artykułu 9 praw pierwszej Umawiającej się Strony, uzna przejęcie przez pierwszą Umawiającą się Stronę z mocy prawa lub w wyniku czynności prawnej wszelkich praw i roszczeń tego inwestora. Druga Umawiająca się Strona uzna również z zastrzeżeniem jednak przysługującego tej Umawiającej się Stronie prawa do roszczenia wzajemnego z tytułu nie uiszczonych, a należnych od inwestora podatków lub ciężarów publicznych, przejęcie przez pierwszą Umawiającą się Stronę wszelkich praw i roszczeń, do dochodzenia których będzie ona uprawniona w takim samym zakresie jak jej poprzednik prawny. Do transferu płatności na rzecz tej Umawiającej się Strony, która wstąpiła w prawa inwestora, stosuje się odpowiednio artykuł 4 i artykuł 5.

Artykuł 7

INNE ZOBOWIĄZANIA

(1) Jeżeli ustawodawstwo jednej z Umawiających się Stron lub zobowiązania międzynarodowe istniejące obecnie lub ustanowione później pomiędzy Umawiającymi się Stronami poza niniejszą Umową zawierają zasadę ogólną lub szczegółową, uprawniającą inwestycje inwestorów drugiej Umawiającej się Strony do traktowania bardziej korzystnego niż zapewnione niniejszą Umową, zasada taka w zakresie, w jakim jest korzystniejsza, będzie miała pierwszeństwo przed postanowieniami niniejszej Umowy.

(2) Każda z Umawiających się Stron dotrzyma wszelkich zobowiązań umownych zaciągniętych przez nią wobec inwestorów drugiej Umawiającej się Strony w odniesieniu do inwestycji dopuszczonych przez nią na swoim terytorium.

Artykuł 8

ROZSTRZYGANIE SPORÓW DOTYCZĄCYCH INWESTYCJI

(1) Każdy spór powstały w związku z inwestycją, pomiędzy Umawiającą się Stroną i inwestorem drugiej Umawiającej się Strony, będzie w miarę możliwości, rozstrzygany polubownie pomiędzy stronami sporu. Jeśli sporu takiego nie rozstrzygnięto polubownie, inwestor powinien wyczerpać krajowe środki odwoławcze w ramach postępowania administracyjnego lub sądowego.

(2) Jeżeli taki spór nie zostanie rozstrzygnięty w sposób przewidziany w ustępie 1 w okresie 12 miesięcy od daty pisemnej notyfikacji dostatecznie sprecyzowanego roszczenia, na wniosek Umawiającej się Strony lub inwestora drugiej Umawiającej się Strony spór zostanie przekazany do postępowania pojednawczego lub arbitrażowego:

a) Jeżeli obie Umawiające się Strony będą uczestnikami Konwencji o Rozstrzygnięciu Sporów Inwestycyjnych między Państwami i Obywatelami innych Państw, wyłożonej do podpisu w Waszyngtonie 18 marca 1965 r. — przed Międzynarodowym Centrum dla Rozstrzygnięcia Sporów Inwestycyjnych. W przypadku arbitrażu, każda Umawiająca się Strona, także w braku odrębnego porozumienia arbitrażowego pomiędzy Umawiającą się Stroną i inwestorem, na mocy niniejszej Umowy zgadza się nieodwołalnie kierować w przyszłości wszelkie takie spory do tego Centrum i uznawać jego orzeczenia za wiążące;

b) Jeżeli jedna z Umawiających się Stron nie będzie uczestnikiem Konwencji o Rozstrzygnięciu Sporów Inwestycyjnych między Państwami i Obywatelami innych Państw — przed międzynarodowym trybunałem arbitrażowym. Taki międzynarodowy trybunał arbitrażowy będzie powoływany dla każdej sprawy w następujący sposób: Każda strona wyznaczy jednego członka, a ci dwaj członkowie wybiorą, wspólnie przewodniczącego, posiadającego obywatelstwo państwa trzeciego. Członkowie trybunału zostaną wyznaczeni w ciągu dwóch miesięcy od daty poinformowania przez inwestora drugiej Umawiającej się Strony o zamiarze poddania sporu trybunałowi arbitrażowemu, a przewodniczący zostanie wyznaczony w ciągu dalszych dwóch miesięcy. Jeżeli terminy określone w niniejszym punkcie nie zostaną zachowane, każda strona może w braku innego odpowiedniego uregulowania, zwrócić się do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości o dokonanie potrzebnych nominacji.

Jeżeli Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron lub jakiegokolwiek inne przyczyny uniemożliwiają mu wypełnienie tej funkcji, należy zwrócić się o dokonanie nominacji na takich samych warunkach do Wiceprzewodniczącego lub, w przypadku jego niezdolności, do najstarszego rangą członka Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.

Trybunał arbitrażowy ustanawia własne zasady proceduralne, stosując w drodze analogii zasady postępowania przyjęte w Konwencji o Rozstrzygnięciu Sporów Inwestycyjnych między Państwami i Obywatelami innych Państw z 18 marca 1965 roku; orzeczenie musi podawać podstawy, na których zostało oparte. Uzasadnienie sporządza się na wniosek którejkolwiek ze stron.

(3) Orzeczenie jest ostateczne i wiążące; podlega ono wykonaniu stosownie do prawa krajowego; każda z Umawiających się Stron zapewni uznanie i wykonanie orzeczenia arbitrażowego zgodnie z odpowiednimi postanowieniami swego ustawodawstwa.

(4) Każda strona ponosi koszty udziału swojego członka oraz swego zastępstwa procesowego w postępowaniu arbitrażowym; koszty udziału przewodniczącego i pozostałe koszty są ponoszone w częściach równych przez obie strony.

(5) Umawiająca się Strona, będąca stroną sporu, nie będzie, na żadnym etapie postępowania pojednawczego lub arbitrażowego lub wykonania orzeczenia, podnosić zarzutu, że inwestor, który jest drugą stroną sporu, otrzymał, zgodnie z polisą

ubezpieczeniową, odszkodowanie z tytułu niektórych lub wszystkich poniesionych przez niego strat.

Artykuł 9

SPORY MIĘDZY UMAWIAJĄCYMI SIĘ STRONAMI

(1) Spory między Umawiającymi się Stronami dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą, w miarę możliwości, rozstrzygane w drodze polubownych negocjacji.

(2) Jeżeli spór nie może być rozstrzygnięty w ciągu sześciu miesięcy, zostanie on, na żądanie którejkolwiek z Umawiających się Stron, przedłożony do rozstrzygnięcia trybunałowi arbitrażowemu.

(3) Trybunał arbitrażowy będzie utworzony *ad hoc* w następujący sposób: każda Umawiająca się Strona wyznaczy jednego członka, a ci dwaj członkowie wybiorą wspólnie obywatela państwa trzeciego, który po zatwierdzeniu przez rządy Umawiających się Stron zostanie przewodniczącym trybunału. Członkowie trybunału zostaną wyznaczeni w ciągu dwóch miesięcy od daty, w której jedna Umawiająca się Strona poinformowała drugą Umawiającą się Stronę o zamiarze poddania sporu trybunałowi arbitrażowemu, a przewodniczący zostanie wyznaczony w ciągu dwóch dalszych miesięcy.

(4) Jeżeli terminy określone w ustępie 3 nie zostaną zachowane każda Umawiająca się Strona może, w braku innego odpowiedniego uregulowania, zwrócić się do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości o dokonanie potrzebnych nominacji. Jeżeli Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron lub jakiegokolwiek inne przyczyny uniemożliwiają mu wypełnienie tej funkcji, należy zwrócić się o dokonanie niezbędnych nominacji, na takich samych warunkach, do Wiceprzewodniczącego lub w przypadku jego niezdołności, do najstarszego rangą członka Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.

(5) Trybunał ustanawia własne zasady proceduralne.

(6) Trybunał arbitrażowy rozstrzyga na podstawie niniejszej Umowy oraz powszechnie uznanych reguł prawa międzynarodowego. Trybunał orzeka większością głosów. Orzeczenie jest ostateczne i wiążące.

(7) Każda Umawiająca się Strona ponosi koszty udziału swojego członka oraz swego zastępstwa procesowego w postępowaniu arbitrażowym; koszty udziału przewodniczącego i pozostałe koszty są ponoszone w częściach równych przez obie Strony. Trybunał może jednakże w swoim orzeczeniu określić inny podział kosztów.

Artykuł 10

STOSOWANIE UMOWY

Niniejsza Umowa ma zastosowanie do wszelkich istniejących i przyszłych inwestycji, dokonywanych na terytorium jednej Umawiającej się Strony zgodnie z jej ustawodawstwem przez inwestorów drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 11

WEJŚCIE W ŻYCIE I OKRES OBOWIĄZYWANIA

(1) Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji i wejdzie w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca, poczynając od miesiąca, w którym zostaną wymienione dokumenty ratyfikacyjne.

(2) Niniejsza Umowa pozostaje w mocy przez okres dziesięciu lat. Po upływie tego okresu ulega ona przedłużeniu na czas nieokreślony, chyba że zostanie wypowiedziana pisemnie przez którąkolwiek Umawiającą się Stronę na dwanaście miesięcy przed jej wygaśnięciem. Po upływie początkowego okresu dziesięciu lat niniejsza Umowa może być wypowiedziana w każdym czasie przez każdą z Umawiających się Stron z zachowaniem dwunastomiesięcznego okresu wypowiedzenia.

(3) W odniesieniu do inwestycji, podjętych przed datą upływu ważności niniejszej Umowy, postanowienia artykułu 1 do 10 zachowują moc obowiązującą przez okres dalszych dziesięciu lat od daty upływu ważności niniejszej Umowy.

SPORZĄDZONO w Wiedniu 24. dnia listopada 1988 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty posiadają jednakową moc.

Z upoważnienia Republiki Austrii:

MOCK

Z upoważnienia Rady Państwa Polskiej
Rzeczypospolitej Ludowej:

WILCZEK

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
POLISH PEOPLE'S REPUBLIC CONCERNING THE EN-
COURAGEMENT AND PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Austria and the Polish People's Republic, hereinafter referred to as the "Contracting Parties",

Desiring to create favourable conditions for enhanced economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and protection of reciprocal investments may lead to greater willingness to undertake such investments and thus make an important contribution to the development of economic relationships,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

(1) The term "investment" shall include all assets, in particular but not exclusively:

(a) Ownership of movable and immovable property and other rights *in rem*, such as mortgages, rights of retention, pledges, rights of usufruct, and similar rights;

(b) Shareholding rights and other types of interests in undertakings;

(c) Claims to money provided in order to create an economic value or claims to performances having a monetary value; and

(d) Copyrights, industrial property rights such as inventor's patents, trademarks and industrial designs and models, registered designs, technical procedures, know-how, trade names and good will.

(2) The term "investor" shall mean:

(a) Any individual possessing the nationality of one of the Contracting Parties and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any juridical person, organization or association, with or without legal personality, lawfully established in accordance with the legislation of one of the Contracting Parties, having its headquarters in the territory of that Contracting Party and undertaking an investment in the territory of the other Contracting Party.

(3) The term "returns" shall mean those sums which are produced by an investment, particularly but not exclusively profits, interest, increases in capital, dividends, royalties, licence fees and other compensation.

(4) The term "expropriation" shall also include nationalization or any other measure with the same effect.

¹ Came into force on 1 November 1989, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Warsaw on 22 August 1989, in accordance with article 11 (1).

Article 2

ENCOURAGEMENT AND PROTECTION OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall as far as possible promote investments made in its territory by investors from the other Contracting Party, shall authorize such investments in accordance with its own legislation and shall treat them in a just and equitable manner.

(2) Investments as referred to in paragraph 1 and the returns thereon shall enjoy the full protection of this Agreement. The same shall apply, without prejudice to the provisions of paragraph 1, to the yields of any reinvestment. Any legal expansion, change or transformation of an investment must be carried out in accordance with the foreign investment legislation of the Contracting Party on the territory of which such expansion, change or transformation is undertaken.

Article 3

TREATMENT OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall treat investments of investors from the other Contracting Party undertaken on its territory in accordance with all legislation relevant to their establishment and utilization no less favourably than investments undertaken by its own investors or by investors from third countries.

(2) Within its own territory, each Contracting Party shall treat any activity by investors from the other Contracting Party, in relation to an investment, and in particular to its administration, application, use and enjoyment, no less favourably than the activity of its own investors or of investors from third countries.

(3) The provisions of this Agreement stating that the treatment of investors from the other Contracting Party may not be less favourable than the treatment accorded to investors of a third country shall not be interpreted in such a way as to oblige one of the Contracting Parties to accord to investors from the other Contracting Party any present or future advantages of treatment, preference or privilege resulting from:

(a) A customs union, a common market, a free-trade zone or membership in an economic community such as CMEA;

(b) An international agreement, an accord or domestic legislation on taxation;

(c) Arrangements designed to facilitate cross-frontier traffic.

Article 4

COMPENSATION

(1) Investments by investors from one Contracting Party may be expropriated on the territory of the other Contracting Party only in the public interest, on the basis of a lawful procedure and against compensation. Such compensation must represent the value of the investment immediately before the time at which the actual or imminent expropriation becomes publicly known. Such compensation must be provided without unreasonable delay, until paid out must carry the normal banking interest rate of the State in whose territory the investment had been made, and must

be actually realizable and freely transferable. Suitable provision shall be made no later than the time of expropriation for the determination and payment of compensation.

(2) If one of the Contracting Parties expropriates the assets of a company which under article 1, paragraph 2 of this Agreement should be regarded as belonging to that Contracting Party, and in which an investor from the other Contracting Party has a holding, then the first Contracting Party shall apply the stipulations of paragraph 1 of this article in such a manner that appropriate compensation is guaranteed to that investor.

(3) The investor shall be entitled to have the appropriate organs of the Contracting Party which has ordered expropriation examine the legality of such expropriation.

(4) The investor shall be entitled to have either the appropriate organs of the Contracting Party which has ordered expropriation, or an international arbitral tribunal as provided for in article 8, examine the amount of such compensation.

(5) With regard to the matters governed by paragraph 1, paragraph 2, paragraph 3 and paragraph 4 of this article, investors from one Contracting Party shall not be treated any less favourably than investors from the other Contracting Party or from third countries.

(6) Investors from one Contracting Party and joint undertakings in which investors from one Contracting Party have an interest, who suffer losses to their investments in the territory of the other Contracting Party as a result of war, other armed conflict, state of emergency or similar events, shall be treated by this other Contracting Party no less favourably than its own investors or investors from third countries with regard to all measures which it takes in this connection.

Article 5

TRANSFERS

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors from the other Contracting Party that they may transfer freely, without unreasonable delay, in a freely convertible currency the payments which relate to an investment, in particular but not exclusively:

- (a) Capital and additional sums to support or expand the investment;
- (b) Sums intended to cover expenditures related to the management of the investment;
- (c) Returns;
- (d) Loan repayments;
- (e) The yield in the event of the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (f) Compensation is provided for in article 4, paragraph 1.

(2) Payments as in paragraph 1 (a) to (d) of this article shall be made to the extent that the freely convertible currency originates from the investment or the yields from the investment.

(3) The treatment accorded under paragraph 1 and paragraph 2 of this article shall not be any less favourable than that accorded to investors from third countries.

(4) Transfers made in accordance with this article shall take place at the rates of exchange in effect on the day of the transfer.

(5) Bank charges shall be fair and appropriate.

Article 6

RIGHT OF SUBROGATION

Should a Contracting Party or an institution authorized by it for the purpose make payments to its investors by virtue of a guarantee of an investment on the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the first Contracting Party as provided for in article 9, recognize the transfer to the first Contracting Party of all rights or claims of this investor under the law or by virtue of transactions. In addition, the other Contracting Party shall, subject however to any title to a counterclaim which the first Contracting Party may assert with regard to debts of the investor for taxes or other levies, recognize the subrogation by the first Contracting Party of all of these rights or claims, which the first Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its legal predecessor. Articles 4 and 5 shall apply as appropriate to the transfer of the payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of the transferred claims.

Article 7

OTHER OBLIGATIONS

(1) If the legislation of either Contracting Party or present or future mutual international obligations of the two Contracting Parties additional to this Agreement should give rise to a general or specific agreement which accords to the investments of investors from the other Contracting Party more favourable treatment than is provided for by this Agreement, such arrangement shall have precedence over this Agreement, in so far as it is more favourable.

(2) Each Contracting Party shall comply with any other obligation it may have entered into with respect to investors from the other Contracting Party concerning investments which it has authorized in its territory.

Article 8

SETTLEMENT OF INVESTMENT DISPUTES

(1) If disputes should arise between one Contracting Party and an investor from the other Contracting Party with regard to an investment, such disputes shall be resolved amicably between the parties themselves if possible. If such amicable resolution is not possible, then the investor shall exhaust all relevant domestic administrative and judicial remedies.

(2) If such a dispute cannot be settled within 12 months from written notification of adequately specified claims in a manner provided for in paragraph 1, it shall, at the request of the Contracting Party or of the investor from the other Contracting Party, be submitted for composition or arbitration:

(a) To the International Centre for Settlement of Investment Disputes, if both Contracting Parties are signatories to the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States, opened for signature at Washington on 18 March 1965.¹ In the event of arbitration, each of the Contracting Parties, by becoming a signatory to this Agreement, undertakes irrevocably and in advance, even if there should be no individual arbitration agreement between a Contracting Party and an investor, to submit such disputes to the Centre and to recognize the arbitration judgement as binding;

(b) To an international arbitral tribunal, if either of the Contracting Parties is not a signatory to the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States. The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis in the following manner: each side shall appoint an arbitrator, and by mutual agreement between the two arbitrators shall propose a chairman, who must be a national of a third State. The arbitrators shall be appointed within two months and the chairman within a further two months from the date on which the investor has notified the other Contracting Party of his desire to submit the dispute to an arbitral tribunal.

If the time-limits given in the paragraph above are not observed, then if no other agreement is reached, either side may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is unable to act for any other reason, the Vice-President, or the longest-serving member of the International Court of Justice if the Vice-President is unable to act, may be requested under the same conditions to make the necessary appointments.

The arbitral tribunal shall determine its rules of procedure by applying as appropriate the procedural rules of the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States of 18 March 1965; the decision shall include a statement of the basis on which it has been made, and supporting reasons shall be given if either side so requests.

(3) The decision of the tribunal shall be final and binding. It shall be enforced by domestic law, and each Contracting Party shall ensure the recognition and enforcement of arbitral judgements in accordance with its relevant legislation.

(4) Each side shall bear the expenses of its own arbitrator and the costs of its representation in the proceedings before the arbitral tribunal; the expenses of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the two sides.

(5) A Contracting Party which is a party to a dispute shall at no stage of the settlement or arbitration procedure nor of the implementation of an arbitral judgement raise an objection on the grounds that the investor constituting the other party to the dispute may have received compensation for all or some of his losses through an insurance policy.

Article 9

DISPUTES BETWEEN THE CONTRACTING PARTIES

(1) If disputes should arise between the Contracting Parties with regard to the interpretation or application of this Agreement, such disputes shall be resolved amicably by negotiation if possible.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

(2) If a dispute cannot be settled within six months, it shall at the request of one of the Contracting Parties be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis in the following manner: each Contracting Party shall appoint an arbitrator, and, by mutual agreement the two arbitrators shall propose a chairman, who must be a national of a third State and who shall be appointed by the Governments of both Contracting Parties. The arbitrators shall be appointed within two months and the chairman within a further two months from the date on which one Contracting Party has notified the other of its desire to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time-limits given in the paragraph above are not observed, then if no other agreement is reached, either side may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either Contracting Party or if he is unable to act for any other reason, the Vice-President, or, if the Vice-President is unable to act, the longest-serving member of the International Court of Justice may be requested under the same conditions to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall determine its own rules of procedure.

(6) The arbitral tribunal shall make its decisions on the basis of this Agreement and in accordance with the generally recognized principles of international law. It shall take its decision by majority vote, and its decision shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the expenses of its own arbitrator and the costs of its representation in the proceedings before the arbitral tribunal; the expenses of the chairman and the remaining costs shall be born in equal parts by the two Contracting Parties. However, the tribunal may stipulate a different disposition of the costs in its decision.

Article 10

APPLICABILITY OF THIS AGREEMENT

Once entered into force, this Agreement shall apply to all existing and future investments undertaken by investors of one Contracting Party in accordance with the legislation of the other Contracting Party on the territory of the Contracting Party.

Article 11

ENTRY INTO FORCE AND DURATION

(1) This Agreement is subject to notification. It shall enter into force on the first day of the third month after the month during which the instruments of ratification are exchanged.

(2) The Agreement shall remain in force for a period of 10 years and shall thereafter be extended indefinitely, unless denounced in writing by one of the Contracting Parties with a notice period of 12 months. After the expiry of the period of 10 years, the treaty may be denounced at any time on one year's notice.

(3) In respect of investments effected prior to the expiry of this Agreement, articles 1 to 10 shall continue to apply for a further period of 10 years from the date of expiry.

DONE at Vienna on 24 November 1988, in two original copies in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

MOCK

For the Polish People's Republic:

WILCZEK

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République populaire de Pologne, ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Désireuses d'instaurer des conditions favorables au renforcement de la coopération économique entre les Parties contractantes,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements réciproques peuvent renforcer la disposition à réaliser de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord,

1) Le terme « investissement » désigne toutes les valeurs en capital, en particulier mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques, les droits de rétention, les droits de gage, les droits de jouissance et les droits analogues;

b) Les droits de participation et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique; et

d) Les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les dessins et modèles industriels, ainsi que les modèles déposés, les procédés techniques, le savoir-faire, les noms commerciaux et la clientèle;

2) Le terme « investisseur » désigne

a) Toute personne physique possédant la nationalité de l'une des Parties contractantes, qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

b) Toute personne morale, organisation ou association ayant ou non la personnalité juridique, qui a été créée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes, a son siège sur le territoire de cette Partie et réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1989, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Varsovie le 22 août 1989, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

3) Le terme « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes, les droits de licence et les autres rémunérations.

4) Le terme « expropriation » comprend aussi les nationalisations et les autres mesures ayant un effet identique.

Article 2

ENCOURAGEMENT ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorisera conformément à sa législation et les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Les investissements visés au paragraphe 1 et leurs produits jouiront de l'entière protection prévue dans le présent Accord. Il en va de même, sous réserve des dispositions du paragraphe 1, des produits des éventuels réinvestissements. L'extension, la modification ou la transformation légitimes d'un investissement doivent avoir lieu conformément à la législation en matière d'investissements étrangers de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils sont effectués.

Article 3

TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante qui ont été réalisés sur son territoire dans le respect de toutes les lois et réglementations relatives à leur création et à leur exploitation, de manière au moins aussi favorable que les investissements de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

2) Chacune des Parties contractantes traitera sur son territoire l'activité des investisseurs de l'autre Partie contractante relative à un investissement, notamment en ce qui concerne sa gestion, son exploitation, son utilisation ou sa jouissance, de manière au moins aussi favorable que l'activité de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

3) Les dispositions du présent Accord selon lesquelles le traitement des investisseurs de l'autre Partie contractante ne sera pas moins favorable que celui qui est accordé aux investisseurs d'un Etat tiers ne peuvent être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante l'avantage présent ou futur d'un traitement, d'une préférence ou d'un privilège résultant

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre-échange ou de l'appartenance à une communauté économique telle que le CAEM;

b) D'un accord international, d'une convention ou de dispositions intérieures en matière fiscale;

c) D'une réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier.

Article 4

INDEMNISATION

1) Les investisseurs d'un Etat contractant ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation. Cette indemnisation doit correspondre à la valeur que l'investissement avait immédiatement avant le moment où l'expropriation effective ou la menace d'expropriation a été officiellement connue. Elle doit être versée sans délai injustifié et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été réalisé; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation.

2) Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital une société qui doit être considérée comme sa propre société en application du paragraphe 2 de l'article premier et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle appliquera les dispositions du paragraphe 1 du présent article de façon à assurer une indemnisation proportionnelle à cet investisseur.

3) L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui en est à l'origine.

4) L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation soit par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation, soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 8.

5) En ce qui concerne les questions régies par les paragraphes 1, 2, 3 et 4 du présent article, les investisseurs de l'une des Parties contractantes ne seront pas traités de manière moins favorable sur le territoire de l'autre Partie contractante que les investisseurs de cette Partie ou les investisseurs d'Etats tiers.

6) Les investisseurs d'une Partie contractante et les coentreprises avec participation d'investisseurs d'une Partie contractante, dont les investissements subissent sur le territoire de l'autre Partie contractante des pertes dues à la guerre, à d'autres conflits armés, à un état d'urgence ou à d'autres événements comparables, ne seront pas traités par cette autre Partie contractante, en ce qui concerne toutes les mesures qu'elle prendra à cet égard, de manière moins favorable que les investisseurs de cette Partie ou les investisseurs d'Etats tiers.

Article 5

TRANSFERTS

1) Chacune des Parties contractantes autorisera sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et en devises librement convertibles les versements qui se rapportent à un investissement, en particulier mais non exclusivement

a) Le capital et les sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Les sommes fixées pour couvrir les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

- c) Les produits;
 - d) Les remboursements d'emprunts;
 - e) Le produit de la liquidation ou de la cession totales ou partielles de l'investissement;
 - f) Les indemnisations visées au paragraphe 1 de l'article 4.
- 2) Les versements visés aux alinéas *a* à *d* du paragraphe 1 du présent article seront effectués dans la mesure où les devises librement convertibles ont leur origine dans l'investissement ou dans ses produits.
- 3) Le traitement visé aux paragraphes 1 et 2 du présent article ne sera pas moins favorable que celui accordé aux investisseurs d'Etats tiers.
- 4) Les transferts visés au présent article se feront au cours en vigueur le jour du transfert.
- 5) Les commissions bancaires seront équitables et appropriées.

Article 6

SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à son investisseur, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de la première Partie visés à l'article 9, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un acte juridique, de tout droit ou prétention de cet investisseur. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre, sous réserve cependant de toute demande reconventionnelle que l'autre Partie contractante pourra présenter concernant des taxes ou des impôts non payés par l'investisseur. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4 et 5 s'appliquent par analogie.

Article 7

AUTRES OBLIGATIONS

1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emportera sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2) Chacune des Parties contractantes respectera toute obligation contractuelle qu'elle aura contractée vis-à-vis des investisseurs de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

Article 8

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable. Si un tel différend ne peut être réglé à l'amiable, l'investisseur devra épuiser tous les recours intérieurs dans le domaine judiciaire et dans celui du droit administratif.

2) Si un tel différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de 12 mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il sera soumis pour conciliation ou arbitrage, sur la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante,

a) Au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements si les deux Parties contractantes sont parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965¹. En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante accepte d'avance et irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord individuel d'arbitrage entre une Partie contractante et un investisseur, de soumettre de tels différends au Centre et de reconnaître la décision arbitrale comme obligatoire;

b) A un tribunal arbitral international si l'une des Parties contractantes n'est pas partie à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats. Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chaque partie nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers comme président. Les membres du tribunal seront nommés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'investisseur de l'autre Partie contractante aura fait savoir qu'il soumettra le différend à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

Si les délais visés au paragraphe précédent ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice sera invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

Le tribunal arbitral fixera sa procédure conformément aux règles de procédure de la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, en date du 18 mars 1965; la décision doit indiquer le fondement sur lequel elle repose; ses motifs seront énoncés sur demande de l'une ou l'autre des parties.

3) La décision sera définitive et obligatoire; elle sera exécutée conformément au droit intérieur; chaque Partie contractante veillera à faire reconnaître et exécuter les décisions arbitrales conformément à sa législation en la matière.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

4) Les parties supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais seront répartis à égalité entre les parties.

5) Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoquera à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une police d'assurance une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

Article 9

DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront, dans la mesure du possible, réglés par des négociations à l'amiable.

2) Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des deux Parties contractantes.

3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des parties nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers comme président, qui sera nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal seront nommés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice sera invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5) Le tribunal arbitral réglera lui-même sa procédure.

6) Le tribunal arbitral prendra ses décisions en fonction du présent Accord et des règles généralement reconnues du droit international. Il se prononcera à la majorité. Ses décisions seront définitives et obligatoires.

7) Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais seront répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal pourra toutefois fixer dans sa décision un autre mode de répartition des frais.

Article 10

APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Le présent Accord s'appliquera après son entrée en vigueur à tous les investissements existants et à venir réalisés par les investisseurs de l'une des Parties con-

tractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à sa législation.

Article 11

ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE

1) Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

2) Il restera en vigueur pendant 10 ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de 12 mois. A l'expiration du délai de 10 ans, l'Accord pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après avoir été dénoncé.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 s'appliqueront encore pendant 10 ans à compter de cette date.

FAIT à Vienne le 24 novembre 1988 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

MOCK

Pour la République populaire de Pologne :

WILCZEK
